

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 35 (1955-1956)
Heft: 8

Rubrik: Stimmen der Welpresse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

besonders auch im Blick darauf, ob es von ihm richtig war, seine Verlobung aufzuheben, als er meinte, daß sein «Pfahl im Fleisch» ihn diesen allgemeinen Weg nicht gehen ließe. Er schreibt einige Jahre später in sein Tagebuch: «Hätte ich Glauben gehabt, so wäre ich bei Regine geblieben. Gott sei Lob und Dank, das habe ich nun eingesehen. Ich war nahe daran, meinen Verstand zu verlieren in diesen Tagen.» Oder an einer anderen Stelle: «Meine Sünde ist, daß ich nicht Glauben hatte, Glauben daran, daß für Gott alles möglich ist — aber», fährt er dann fort, «wo ist die Grenze zwischen dem und Gott versuchen?» Die Beantwortung dieser Frage konnte ihm keine Kategorie mehr abnehmen. Um sie hat er ein ganzes Leben lang gerungen in dem unheimlichen Grenzstreit zwischen Glaube und Anfechtung. Dieser Kampf aber erträgt keine neugierigen Zuschauer. Wer hier in rechter Weise dabei sein will, der kann hier wieder nur durch Kierkegaard sich fragen lassen, wie denn nun er selbst mit dem Pfahl in seinem eigenen Fleisch in dem Kampf zwischen Glaube und Anfechtung in rechter Weise fertig wird.

STIMMEN DER WELTPRESSE

Die Monatsschrift des *Internationalen Presseinstitutes in Zürich*, die *IPI Rundschau*, veröffentlichte in Nr. 12 einen interessanten Artikel von David Willis vom Londoner *News Chronicle* über *Landesverteidigung und Presse in England*, dem wir folgende Angaben entnehmen: Seit 43 Jahren besteht in England ein erfolgreiches System der freiwilligen Zensur aller Nachrichten über die Landesverteidigung, die von der Presse selbst durchgeführt wird. Seit 1912 besteht für diese Probleme ein besonderer Ausschuß, der keine rechtlichen Vollmachten besitzt und auf die freiwillige Mitarbeit der Presse angewiesen ist. Das 1945 reorganisierte Komitee umfaßt Vertreter von Verlegerverbänden, Pressevereinigungen, Nachrichtenagenturen, der BBC, der militärischen Ministerien und des Versorgungsministeriums. Benötigen die Admiralität, das Kriegs-, Luftwaffen- oder Versorgungsministe-

rium zur Geheimhaltung gewisser Vorgänge die Unterstützung der Presse, so wenden sie sich an dieses Komitee, dessen Mitglieder oft vertrauliche Angaben über die Gründe der erwünschten Geheimhaltung erhalten. Das Komitee schickt darauf allen Chefredaktionen des Landes ein sogenanntes D-Memorandum. Die Presse weiß, daß jedes D-Memorandum nur mit dem Einverständnis ihrer Vertreter ausgesandt wird. Das Komitee ist in seinem Entschluß frei und durchaus nicht an die Empfehlungen der Ämterstellen gebunden.

Für die Nachrichtenbeschaffung selbst verfügen die Ministerien über eigene Presseabteilungen. Im Kriegsministerium wurden aktive Offiziere, welche die Armee gründlich kennen und auch mit den Bedürfnissen der Reporter vertraut sind, als Pressespezialisten ausgebildet. Alle grundsätzlichen Fragen werden von einem gemeinsamen Ausschuß

der verschiedenen militärischen Ministerien entschieden. Die für die Verteidigung zuständigen Ministerien erkennen immer klarer, daß die Öffentlichkeit die Streitkräfte nur durch die Presse kennen lernen kann und gestalten daher die Arbeit der Reporter leichter und fruchtbarer.

Zwei gewichtige englische Publikationen, ein vom britischen Verteidigungsministerium herausgegebenes *Blaubuch* und ein Artikel des *Manchester Guardian* enthalten interessante Angaben über das ausgeklügelte System der *chinesischen Gehirnwäsche*¹⁾. Wir geben folgende Angaben wieder: die britischen Soldaten in Korea waren auf Härten und Entbehrungen aller Art vorbereitet, nicht aber auf die hochentwickelte Maschinerie der ideologischen Beeinflussung, der sie in der Gefangenschaft sofort ausgesetzt waren. Die Gefangenen wurden grundsätzlich als Kriegsverbrecher betrachtet; die «Politik der Milde» führte aber zur Auffassung, sie seien im Grunde irregeführte und mißbrauchte «Werk tätige», die zur Einsicht in ihre «Verbrechen», zu Reue und ideologischer Bekehrung zu erziehen seien. Demgemäß wurden die als aktive Propagandisten und Spitzel wirkenden «Fortschrittlichen» in verschiedener Hinsicht besser behandelt als die «Reaktionäre», die sich einer Bekehrung verschlossen. Unter diesen Umständen ist der Widerstand der britischen Soldaten gegen die kommunistischen Propagandapolyphen bewundernswürdig. Von rund 1000 Gefangenen kamen nur etwa 40 als überzeugte Kommunisten zurück, und nicht wenige davon waren das schon vor ihrer Gefangennahme. Dieser Widerstand veranlaßte die Chinesen, 1951 das System der Zwangsdoktrinierung fallen zu lassen und die Umerziehung auf eine «freiwillige» Grundlage zu stellen. Der ausgedehnte politische Unterricht wurde

ergänzt durch schriftliche Prüfungen und mit freiwilligem Studienzirkel. Die Spitzelarbeit wurde mit außerordentlichem Raffinement organisiert. Durch Foltern, Hungern und Einzelhaft wurden Kriegsgefangene moralisch «fertig gemacht», bis sie sich für Spitzeldienst einsetzen ließen. Zu den Methoden der physischen Gewaltanwendung gehörten Folterungen und Quälereien mit dem Zweck, den Widerstand der Gefangenen zu brechen. Prügel in der einen oder andern Form waren an der Tagesordnung, ebenso Fesselungen mit Stricken, Draht oder Handschellen. Chinesen und Koreaner des Bewachungspersonals hatten offenbar volle Freiheit, die Gefangenen nach Belieben anzuspucken, zu treten, zu schlagen, zu stechen und sie in jeder Art und Weise zu demütigen. Diese Art der Behandlung war das normale Schicksal jedes Gefangenen und bildete keineswegs einen Ausnahmefall. Den Delegationen des Internationalen Roten Kreuzes war der Besuch der Gefangenenlager verboten, dafür erhielten die Gefangenen Besuche prominenter Kommunisten aus England und Europa und kommunistischer Zeitungsschreiber, die dann in ihren Blättern überschwengliche Schilderungen der Lagerverhältnisse veröffentlichten. Eng koordiniert mit der Umerziehung der Kriegsgefangenen war die kommunistische Werbung unter ihren Angehörigen in der Heimat²⁾. Auch eine Dokumentensammlung der Vereinten Nationen vom 28. 11. 1953 schildert, wie die Gefangenen kaltblütig niedergeschossen, lebendig begraben, zu Tode gehungert, erfroren, geschlagen und gefoltert wurden³⁾.

Der Missionar Geoffrey Bull geriet in Tibet in die Hände chinesischer Kommunisten und wurde drei Jahre gefangen gehalten⁴⁾. Die Kommunisten halten es für selbstverständlich, daß alle christlichen Missionare insgeheim Agen-

¹⁾ Treatment of British Prisoners of War in Korea, Ministry of Defense, London 1955. Guy Wint, Puritan and Communist. «The Manchester Guardian», 12. 4. 1955.

²⁾ «Yorkshire Post», Leeds, 14. 8. 1953.

³⁾ «The New York Herald Tribune», 30. 1. 1953.

⁴⁾ Geoffrey T. Bull, When Iron Gates Yield, London 1955.

ten im Dienste des Imperialismus sind oder doch Spionage für ausländische Regierungen treiben. Bull fand in den Kommunisten eifrige Bekehrer, die fest entschlossen waren, um die Seele dieses Irreführten zu ringen und sie zu retten. Das Gefängnis glich weniger einer Strafanstalt als der gespenstischen Karikatur eines Seminars. Mit besonderem Eifer widmeten sich die Neubekehrten ihren widerspenstigen Kameraden, überschlugen sich geradezu in Lobhudeleien und forderten vielfach die Funktionäre zur Gewaltanwendung auf. Von den Häftlingen wurde regelmäßige Selbstkritik und von Zeit zu Zeit das Ablegen einer Generalbeichte verlangt. Wie tiefgreifend die Wirkungen der Gehirnwäsche sein können, illustriert der Fall zweier amerikanischer Wissenschaftler, die nach ihrer Freilassung aus chinesischer Gefangenschaft mit Überzeugung an den Kommunismus glaubten ⁵⁾.

Die Pariser Zeitschrift *Preuves* widmete ihre ganze Nr. 50 dem Thema *La France devant le progrès* und wies damit auf Probleme hin, die seit Kriegsende sowohl in Frankreich wie im Ausland als besonders dornenvoll empfunden werden. Untersuchungen über den *Ungleichen Aufschwung der Wirtschaft* und *Die bürgerlichen Dynastien* gehen sogleich auf volkswirtschaftliche und innenpolitische Wesenszüge ein; eine kurze, durchdringende Studie des Chefredaktors *François Bondy* deckt die politische Wertung des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts auf und beleuchtet das verdeckte, aber aufhebbare Gegenspiel zwischen England und Frankreich. Den Hauptbeitrag zur anregenden Diskussion leistet indes der scharfsichtige Leitartikler des «Figaro», *Raymond Aron*, mit einer Analyse, betitelt *Die französischen Intellektuellen und die Utopie*. Die Utopie ist in diesem Fall der totalitäre Staat und sein Vorgänger, der allmächtige Staat,

⁵⁾ «The New York Times», 1. 3. 1953. Vgl. auch Edward Hunter, *Brainwashing in Red China*, Vanguard Press, New York 1951.

der, wie die jüngste Geschichte lehrt, gerade auf die Intellektuellen eine Lockung ausübt. Eine erste Erklärung findet der Verfasser im Worte Malraux', daß der Geist das Bestehende nicht so sehr bekräftigt als ablehnt und umzuformen sucht. Danach sind die Intellektuellen stets vom Wunsch beseelt, zu ändern, zu verbessern. Sie sind also die ersten Mitläufer jeder Revolution, wo nicht ihre Urheber. — Revolution heißt Bruch mit der Vergangenheit, gewaltsamer Sprung in eine Zukunft, die besser sein wird. Aron geht deshalb in seiner Untersuchung von der bestehenden Ordnung aus, die von den Intellektuellen bekämpft wird und stellt das Wunschbild des neuen Staates dar, das sie erstreben. Verschiedene Gründe machen sie gegen den heutigen (französischen) Staat rebellisch; die *Stabilität der überkommenen Einrichtungen* beispielsweise bringt den kritischen Geist in Harnisch. «In dieser Beziehung ist Frankreich ein unausstehliches Land, das trotz zweier Kriege und ich weiß nicht wie vieler Krisen den Weg findet, seine Lebensgewohnheiten mit einer Kraft der Bewahrung wiederherzustellen, die in mancher Hinsicht beklagenswert ist.» — Einen anderen Angriffspunkt entdeckt Aron im *Kolonialismus*: «Frankreich verwirklicht das Paradox, ein überseeisches Reich zu besitzen, aber keine Staatstheorie, es zu rechtfertigen.» Es sind hauptsächlich diese Gründe, welche die französischen Intellektuellen in die Opposition zum bestehenden Staat treiben, obwohl gerade Frankreich für alle Geistesarbeiter das gelobte Land ist. Man sollte annehmen, daß sie, wo sie geachtet und umschwärmt sind, sich wohlfühlen; statt dessen setzen sie ihre Hoffnung auf den allmächtigen Staat. Eine ideologische Tradition unterstützt sie darin: die alte Vorliebe der französischen Demokratie für den jakobinischen, nicht den liberalen Geist. Es brauchte seinerzeit Jahrzehnte, um den Gedanken der Volkssouveränität mit demjenigen einer parlamentarischen Regierung zu verbinden, denn letzterer bewahrte während langer Zeit einen Hauch von Aristokratie. Tief begraben liegt hier

eine Wurzel für die Neigung der französischen Intellektuellen zum *starken Staat*, wie man ihn heutzutage für unterentwickelte Länder vorgeschlagen hat. Aron sieht den Ursprung der Regierung Mendès-France in diesem Wunsch nach einem starken Staat, der mit dem früheren Zögern Schluß macht und die Privatinteressen bricht. — Seine subtile Analyse der französischen «Intelligentia» geht noch einen Schritt weiter: die abstrakte Neigung zum starken Staat gründet in einer Sympathie, vorab der Linksinrektuellen, für die Planwirtschaft. Den wahren Liberalismus (protestantischer Prägung) hat Frankreich nie gekannt, seine liberalen Theoretiker sind wenig erbaulichen Interessen verpflichtet, und die großen industriellen Familien verdanken ihr Vermögen häufig Staatsaufträgen. Wer also in Frankreich vom Liberalismus spricht, vermag kaum zu überzeugen. — Der allmächtige Staat besäße jedoch keine solche Anziehung, wenn er sich nicht in einen totalitären verwandelte. Dessen hervorragendstes Merkmal ist die absolute Unterwerfung unter eine Doktrin; im Falle des Kommunismus ist diese Doktrin weltumfassend. Alle Lebenserscheinungen und alle Erdteile behauptet sie zu umspannen, der Triumph der «Politisierung des Lebens» ist vollkommen. Beeindruckt nun, so fragt Aron, dieses totalitäre System die Intellektuellen überhaupt oder nur die französischen? Er bestreitet zwar, daß der Marxismus im geistigen Leben Frankreichs eine wesentliche Rolle spielt, doch sieht er von ihm die großen Versuche der Zeit ausgehen, welche die Revolutionen gebären. — Auf einer Denktäuschung der französischen Intellektuellen allein beruht jedoch ihre Hineigung zum Kommunismus nicht. Sie hat eine weitere Wurzel in der jahrhundertelangen *Suche nach einer Ersatzreligion*. Seit Rousseau im «Contrat social» eine nationale Religion beschrieben hatte, die das Individuum an die Gemeinschaft binden sollte, liebäugelten Generationen von Intellektuellen mit einer «selbstgeschaffenen» Religion. Der Marxismus ist eine solche und überdies

eine erfolgreiche. Was ihr dazu verhilft, ist nicht zuletzt die Tatsache, daß sie ein «ideologisches Weltgebäude», d. h. unritztbar in sich geschlossen ist. Auslegungen der Doktrin können irren oder von der Entwicklung desavouiert werden; das System jedoch wird davon nie angefochten. — Nachdem er seine Analyse bis zu diesem Punkt vorgetrieben hat, fragt Aron nach der Zukunft dieses Religionsersatzes. Seine Antwort räumt ihm wenig Chancen ein: «Die marxistische Prophezeiung ist je länger um so mehr im Widerspruch mit den Tatsachen der westlichen Welt.» Denn nicht von der Wirtschaftsordnung hängt der Lebensstandard ab, sondern von der Produktivität. Der Gedanke der Planwirtschaft wie der Kampf gegen den Besitz sind so unvereinbar mit den heutigen Erfahrungen, daß die Intellektuellen sich dieser Einsicht nicht mehr lange verschließen werden. — Was ist aber die Revolution anderes als die Begier nach dem großen Bruch? In unserem technischen Zeitalter vollzieht sich indes ein Bruch nach dem andern, die Gesellschaft wandelt sich schneller als ein noch so brutaler Umschwung es erträumen könnte. Die Deklamationen der Linksinrektuellen unserer Tage, einschließlich J.-P. Sartre, wärmen pathetisch das auf, was in den Dreißigerjahren brennend gewesen ist; sie gehören also, nach Aron, ins Reich der Komödie.

Eine interessante und aufschlußreiche Untersuchung über *Die Finanzen der Kommunistischen Partei Frankreichs* veröffentlicht das Bulletin der *Association d'Etudes et d'Informations Politiques Internationales* (BEIPI, Paris, Juli 1955). Das Parteibudget von 1946 verzeichnet bei rund 141 Mio Francs Einnahmen rund 20% aus Mitgliederbeiträgen, die nach den Einkommensverhältnissen abgestuft sind. Unter den «außerordentlichen» Einnahmen aus sehr verschiedenen Quellen sind zunächst die Diäten der kommunistischen Parlamentsabgeordneten und anderer Mandatsträger der Partei zu erwähnen, die direkt in die Parteikasse fließen und zeitweise bis zu 51% der Gesamteinnahmen bil-

deten. Dafür gewährt die Partei ihren Leuten Unterstützungen, die aber nicht für alle gleich, sondern gestaffelt sind. Die Abgeordneten gelangen auf diese Weise in finanzielle Abhängigkeit von der Partei, während diese Praxis gleichzeitig zur Bildung eines gewissen Oligarchentums führt. Einige Millionen bringen die periodisch durchgeführten Sammlungen ein, wobei große Spenden oft «anonym» eingehen. Man hat den Eindruck, daß mit diesen öffentlichen Sammlungen gerne die zweifelhafte Herkunft gewisser Geldbeiträge verschleiert werde. Eine weitere Einnahmequelle bilden von der Partei organisierte Vorführungen von Filmen, die ausnahmslos aus Ländern hinter dem Eisernen Vorhang stammen und die Partei offenbar erheblich billiger zu stehen kommen als französische Filme. Die Filmvorführungen dienen damit nicht nur der Propaganda der kommunistischen Ideologie, sondern ebenso der Finanzierung der Partei. — Bemerkenswert sind die zahlreichen Verlagsanstalten und Buchhandlungen der Partei, die einen recht großen Umsatz aufweisen, weil sie Schulen und Bibliotheken der von Kommunisten kontrollierten Gemeindeverwaltungen und industriellen Betriebskomitees beliefern können. Die Bestellungen von Bibliotheken und die Lieferung von Schulbüchern und -heften für kommunistisch verwaltete Gemeinden dürfte sich jährlich auf rund 2 Milliarden Francs belaufen! — Andererseits verfügt die Partei über einen in die Tausende gehenden Apparat von «permanents», d. h. von hauptamtlichen Kräften im Dienste der Partei. Dazu kommen die erheblichen Unkosten der Propaganda. Man muß daher zum Schlusse kommen, daß die Partei außer den erwähnten Mitteln noch weitere Mittel besitzen muß. Deren Quelle ist die «Internationale revolutionäre Solidarität», genauer gesagt die Kommunistische Partei der Sowjetunion, welche die ausländischen Bruderparteien und ihre Presse mit großen Beiträgen unterstützt. Nie war eine kommunistische Partei irgendwo in der Welt in der Lage, mehr als einen Bruchteil ihrer Ausgaben zu decken. Moskau schätzt,

daß es durchschnittlich etwa 90—95% zuschießen muß. Die Überbringung der Gelder und der Instruktionen aus Moskau erfolgt grundsätzlich mit diplomatischem Kuriergepäck. Viele Geldgeschäfte werden auch über die «Banque commerciale pour l'Europe du Nord» in Paris abgewickelt, von deren 100 000 Aktien sich 99 700 im Besitze der russischen Staatsbank und der russischen Außenhandelsbank befinden. Hinter der Maske einer französischen Aktiengesellschaft verbirgt sich also in Wirklichkeit ein rein sowjetisches Unternehmen! Das Finanzgebaren der KP Frankreichs zeigt noch weitere mysteriöse Aspekte, die indessen nur schwer aufzuklären sind. So hatte die KPF seinerzeit einen Teil des Goldes der Bank von Spanien für die Unterstützung im spanischen Bürgerkrieg erhalten. Bei Kriegsende verfügte die KPF ferner über einen beträchtlichen Goldschatz, den sie in der Zeit der Résistance zusammengerafft hatte.

Die auf hohem Niveau stehenden katholischen Blätter für weltanschauliche Information, *Orientierung*, veröffentlichten in ihrer Nr. 14/15 unter dem Titel *Asien und Afrika im Herzen Europas* sehr interessante Angaben über das *Problem asiatischer und afrikanischer Studenten an europäischen Hochschulen*. Seit dreißig Jahren wächst die Zahl junger Menschen, die aus Asien und Afrika nach dem Westen strömen, um sich Seite an Seite mit ihren weißen Kommilitonen in die Hörsäle der europäischen Universitäten zu setzen. Allein aus den britischen Kolonialgebieten Asiens und Afrikas studierten an den Universitäten Englands 1940 300 Studenten, 1954 aber 8274 Studenten. In der Schweiz sind es rund 500 Studenten. Insgesamt weilen etwa 50 000 farbige Studenten in Europa, junge Menschen, die zur Elite Asiens und Afrikas zählen. Es ist nun keineswegs gleichgültig, welchen Einflüssen diese Elite aus Übersee während der Studienjahre in Europa ausgesetzt ist. Mao Tse-tung, Ho Chi-minh, Tschu En-lai haben jahrelang im christlichen Abendland

studiert und wurden doch fanatische Vorkämpfer des Weltkommunismus. Die Studenten, die ihre wissenschaftliche Ausbildung in Europa empfangen haben, rücken in ihrer Überseeheimat in die einflußreichsten Posten auf. Wie ganz anders könnte das Verhältnis von Ost zu West heute aussehen, hätten wir die ungeheure Chance, die sich uns durch die Übersee-Studenten bietet, begriffen und ausgenützt. — Die jungen Afrikaner und Asiaten kommen mit hohen Erwartungen nach Europa, sehen sich aber sehr bald ernüchtert und müssen eine harte Enttäuschung nach der andern hinnehmen. Wo sie Wohnung und Arbeit suchen, Hilfe und Verständnis erwarten, sind sie unerwünscht und werden abgewiesen. Vom Christentum bekommt der Überseestudent herzlich wenig zu sehen und zu spüren. Auch die Universitäten gleichen diese negativen Eindrücke nicht aus, im Gegenteil. So lernt der getaufte Afrikaner oder Asiate das Christentum in Europa überhaupt nicht kennen oder erhält nur ein völlig verzerrtes Bild von ihm. In geistiger Vereinsamung und Verlassenheit werden empfindsame und gütehungrige junge Menschen in ihrem Glauben lau oder verlieren ihn ganz. Aus einem einzigen europäischen Land sind in einem der letzten Jahre 44 Katholiken nach Beendigung ihrer Studien als Apostaten in ihre überseeische Heimat zurückgekehrt! Welches Verhängnis dies bedeuten kann, zeigt das Beispiel von Johnston Kenyatta, der als «Schwarzer Pfeil» das geistige Haupt der Mau Mau-Bewegung geworden ist! — Im Gegensatz zu den Christen werben die Kommunisten mit allen Mitteln um die überseeischen Studenten, nehmen sich ihrer an und verschaffen ihnen Wohnung und Arbeit. Hand in Hand mit der materiellen Hilfe geht die geistige Beeinflussung. Wenn heute der Kommunismus auf der ganzen Welt im Vormarsch ist, so sind seine Bannerträger fast immer ehemalige Studenten europäischer Hochschulen. Auf christlicher Seite hat das Justinus-Werk in Freiburg ein Heim für Übersee-Studenten geschaffen, das vor allem das brennende Wohnungsproblem löst und

das durch zwei Ferienheime in herrlicher Alpenlandschaft ergänzt wird, die Ferienlager für asiatische Studenten anderer Hochschulen durchführen. Es ist dringend nötig, daß die beteiligten Instanzen dem besprochenen Problem eine weit größere Beachtung schenken als bisher.

Wie in vielen Gebieten Europas die Steuereinnahmen im Zuge der Hochkonjunktur gewachsen sind und dadurch das Streben nach Verminderung der Last verstärkt worden ist, so ist auch in den USA der Steueranteil der Zentralregierung während der letzten Jahre sowohl summen- wie prozentmäßig kräftig emporgestiegen. Darüber und allgemein über *das amerikanische Steuersystem* gibt ein recht instruktiver Artikel in Nr. 19 der Frankfurter *Gegenwart* Aufschluß. Noch 1932 erhoben die amerikanischen Kommunen mehr an Steuern als Zentralregierung und Einzelstaaten gemeinsam, nämlich mehr als die Hälfte des Gesamtaufkommens; 1953 waren ihre Steuereinnahmen auf 12% abgesunken. Gleichzeitig hatte sich die Steuerlast von 11 auf 28% des gewaltig vermehrten Nationaleinkommens gesteigert, der Anteil der Zentralregierung daran von 4 auf 21% zugenommen, während derjenige der Kommunen und Einzelstaaten mit 7% unverändert geblieben ist. Das Steueraufkommen in den USA belief sich 1953 auf rund 83,7 Milliarden Dollars; 75% davon entfielen auf die Zentralregierung, 12,6% auf die Einzelstaaten und 12,4% auf die Kommunen. Bei den Einnahmen der Zentralregierung haben Einkommen- und Körperschaftsteuern mit mehr als vier Fünfteln des Gesamtaufkommens ein erdrückendes Übergewicht. Die ergiebigste Einkommensquelle der Einzelstaaten findet sich in der Umsatzsteuer von 2 oder 3% des Verkaufswertes; in zweiter Linie folgen Benzin- und Auto-steuern. Bei den Gemeinden stehen Grundbesitzabgaben im Vordergrund, ihnen schließen sich Einkünfte aus der Umsatzsteuer an. Die Zentralregierung unterstützt die Einzelstaaten in zunehmendem Grade durch Beiträge, die al-

lerdings in ihrer Verwendung gebunden sind, wie z. B. für den Straßenbau und die Arbeitslosenversicherung: die Einzelstaaten leiten ungefähr die Hälfte ihrer Steuererträge an die Gemeinden weiter. Trotz wiederholten Bemühungen, das unsympathisch gewordene und zersplitterte Steuersystem zu reformieren, hält die amerikanische Öffentlichkeit an

der Auffassung fest, daß die Bewahrung der Selbständigkeit und Aktivität der Einzelstaaten und Kommunen wichtiger ist als ein gestraffter Steuerapparat. Am *föderalen Prinzip*, als dem Ausdruck des Mißtrauens gegen eine übermäßige Zusammenballung der Regierungsgewalt, hält man interessanterweise in den USA fest!

UNIVERSELLE GESCHICHTE UND KOEXISTENZ

Der 10. Internationale Kongreß für Geschichtswissenschaft in Rom

Internationale Historikerkongresse sind für die wissenschaftliche Bereicherung eines Historikers wichtige Kundgebungen. Kaum eine andere Wissenschaft beansprucht wie die historische die «Zentralwissenschaft vom Menschen» (Gerhard Ritter) zu sein, und nur Allgemeine Geschichtskongresse, die den Gesamttraum des geschichtlichen Lebens zeitlich wie geographisch umfassen, sind geeignet, uns die Universalität geschichtlicher Forschung sozusagen «handgreiflich» zum Bewußtsein zu bringen. Daher ringt eigentlich die Leitung eines jeden allgemeinen Historikerkongresses darum, wie man den Kongreß praktisch so gestalten kann, daß er universell ist, und die Beteiligten hoffen, darüber Klarheit zu gewinnen, welches — aufs Ganze gesehen — die *zentralen* Fragen sind, die wir in der Geschichte zu stellen und deren Erforschung wir anzustreben haben.

Das *Comité International* war gewillt, dem Kongreß in *Rom* insofern größere «räumliche» Universalität zu verleihen, als beispielsweise die Geschichte von Nord- und Südamerika den heutigen Forschungsleistungen entsprechend mehr ins Licht gerückt wurde, während Asien — ganz am Rande — insofern berücksichtigt wurde, als das der westlichen Forschung naheliegende Thema des Eindringens von Technik und Wissenschaft in die nah- und fernöstlichen Länder zur Diskussion gestellt war.

Andererseits war der Kongreß sehr zurückhaltend mit Bezug auf die Zulassung geschichtstheoretischer und geistesgeschichtlich-philosophischer Probleme, denen kein Platz in einer besonderen Sektion eingeräumt wurde, während immerhin die Historiographen zum Worte kamen und der Kirchengeschichte eine besondere Abteilung zugewiesen war. Das schloß nicht aus, daß man im Verlaufe der Aussprachen und Diskussionen dauernd auf methodische und geschichtsphilosophische Fragen stieß, ist es doch das Anliegen der internationalen Historikergemeinschaft, gerade bei solchen Treffen die Forschungsrichtungen der verschiedenen Gelehrten und Länder einander nahezubringen und sich über die erzielten wissenschaftlichen Ergebnisse kritisch auseinanderzusetzen.

Trotz aller wissenschaftlichen Vorbereitungsarbeit (und sie war großartig, die Teilnehmer waren schon einen Monat vor Beginn im Besitz von sechs Bänden historischer Berichterstattung seitens führender Gelehrter) stand der Römer Kongreß unter dem Eindruck der erst in später Stunde vereinbarten Mitbeteiligung